

Nicht warten, bis es wieder zu spät ist

Staatliche Pensionskasse: Abgeordnete traten auf Vorlage der Regierung ein – ohne Vergangenheitsbewältigung ging es aber doch nicht.

Valeska Blank

In die Vergangenheit statt in die Zukunft zu schauen, ist in vielen Belangen müssig. Die millionenschwere Sanierung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL), der staatlichen Pensionskasse, steckt dem Landtag aber offenbar noch tief in den Knochen. Ohne etwas Vergangenheitsbewältigung lief denn auch die gestrige erste Lesung der Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge des Staates nicht ab.

«Jetzt haben wir die Endrechnung vor uns», sagte etwa Wendelin Lampert (FBP) mit Blick auf die Fehler der Vergangenheit. So seien es nicht nur die damaligen hohen Zinsversprechen, die das Vorsorgewerk in die aktuelle Situation gebracht hätten. «Das ist nur die halbe Wahrheit – denn auch die einbezahlten Beiträge waren viel zu tief.» Die Quittung des Leistungsprimats liege nun vor. Auch Günter Vogt (VU) blickte zurück: «Chancen wurden verpasst. Jetzt stehen wir wieder vor einem Scherbenhaufen.»

«Die Umverteilung geht sonst munter weiter»

Diese Dramatik wollte Regierungschef Daniel Risch etwas entschärfen. Er betonte erneut, dass es aktuell nicht um eine Sanierung der staatlichen Pensionskasse gehe – im Gegensatz

zum Jahr 2014. «Ein unmittelbares Problem gibt es nicht», so Risch, «die Renten können in den nächsten Jahren ausbezahlt werden – aber wenn wir jetzt nichts tun, geht die Umverteilung zwischen den Aktivversicherten und den Rentnern munter weiter.» Darum solle die Politik jetzt nicht warten, bis sie wieder zu einer Rettungsaktion gezwungen ist.

Lieber variable Rente oder stabile Auszahlungen?

Trotz stundenlanger Debatte über das komplexe Thema – nicht jeder kann mit den Begriffen technischer Zinssatz, Wertschwankungsreserve oder Umwandlungssatz etwas anfangen – war es gestern im Landtag praktisch unbestritten, auf die Vorlage der Regierung einzutreten. 23 Abgeordnete sprachen sich dafür aus.

Das Paket umfasst fünf Massnahmen: Die Schaffung einer neuen Rentnerkasse, die Ausfinanzierung der bestehenden Renten, die Umwandlung früherer Darlehen zu Eigenkapital, die Erhöhung der Sparbeiträge und die Einführung einer variablen Rente. Über Letzteres waren sich nicht alle Abgeordneten einig, allen voran Bettina Petzold-Mähr (FBP): «Ich bin gegen diese Büchse der Pandora.» Rückendeckung erhielt sie vom stellvertretenden Abgeordneten Thomas Hasler (FBP): «Ich sage es offen – ich bin ge-



Kann sich mit variablen Renten nicht anfreunden: Bettina Petzold-Mähr.

Bild: D. Schwendener (8.11.2023)

gen eine variable Rente, weil bei einer Pensionskasse die Stabilität der Auszahlungen im Vordergrund stehen muss.» Gefallen an der Idee fand hingegen der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch. Bei der variablen Rente handelt es sich quasi um eine Kombination zwischen

den: der fixen Rentenzahlung oder dem Bezug des ganzen Vorsorgekapitals bei der Pensionierung. Die neue flexible Lösung würde die Rentner am Anlageerfolg der Pensionskasse beteiligen – sprich: Macht das Vorsorgewerk an der Börse Gewinne, profitieren sie davon, indem der variable Anteil ihrer

Rente steigt – sie bekommen eine Art Bonus.

Wird das Volk über Vorlage abstimmen?

Wie in einer ersten Lesung üblich, ging es zum Schluss um zahlreiche Detailfragen zu den einzelnen Gesetzesartikeln, etwa die Finanzierungsgarantie

für das geschlossene Vorsorgewerk oder den Deckungsgrad, der für die Auszahlung der Bonusrente erreicht werden muss.

Aus der allgemeinen Debatte war herauszuhören, dass einige Abgeordnete bereits davon ausgehen, dass das Volk über die Vorlage abstimmen wird. «Sie wird zu 100 Prozent dem Volk vorgelegt werden», sagte Thomas Rehak (DpL). Günter Vogt sprach derweil davon, dass die Mehrheitsfähigkeit nicht ausser Acht gelassen werden dürfe – auch das ist ein Indiz dafür, dass der VU-Abgeordnete bereits mit einer Abstimmung rechnet. Auch Wendelin Lampert (FBP) merkte am Rande an: «Diese Volksabstimmung wird nicht ohne sein.»

«Bürgern wird kein Geld aus der Tasche gezogen»

Die Kosten des Massnahmenpakets belaufen sich auf 70,2 Mio. Franken. Dass die Regierung einschreiten will, liegt hauptsächlich an der Umverteilung von Geld der Aktivversicherten an die Rentnerinnen und Rentner. Mit Blick auf die Finanzierung betonte Regierungschef Risch: Die SPL brauche keine Mittel «von aussen», sondern vom Arbeitgeber – in diesem Fall ist es der Staat. Und obwohl das Geld für die Neuausrichtung aus dem Topf der Steuereinnahmen kommt, werde «dem Bürger kein Geld aus der Tasche gezogen».